

DEUTSCHER BUNDESTAG

17. Wahlperiode

Ausschuss für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Berlin, den 07.09.2012

Tel.: (030)227- 37 112 (Sekretariat)

Tel.: (030)227- 30 313 (Sitzungssaal)

Fax: (030)227- 36 805 (Sekretariat)

Fax: (030)227- 36 313 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!

Die 76. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend findet statt am:

Montag, dem 15.10.2012, 13.00 bis 16.00 Uhr

Sitzungssaal: Saal 2.200

Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Öffentliche Anhörung

zu

a Unterrichtung durch die Bundesregierung

Erster Gleichstellungsbericht
Neue Wege - Gleiche Chancen
Gleichstellung von Frauen und Männern im
Lebensverlauf

BT-Drucksache 17/6240

Federführend:

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Mitberatend:

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Gesundheit

Berichterstatter/in:

Abg. Nadine Schön (St. Wendel) [CDU/CSU]

Abg. Christel Humme [SPD]

Abg. Nicole Bracht-Bendt [FDP]

Abg. Yvonne Ploetz [DIE LINKE.]

Abg. Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

- b Antrag der Abgeordneten Dorothee Bär, Markus Grübel, Nadine Schön (St. Wendel), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Miriam Gruß, Nicole Bracht-Bendt, Florian Bernschneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Geschlechtergerechtigkeit im Lebensverlauf
- BT-Drucksache 17/8879**
- Federführend:**
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Mitberatend:**
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Haushaltsausschuss
- Berichterstatter/in:**
Abg. Nadine Schön (St. Wendel) [CDU/CSU]
Abg. Christel Humme [SPD]
Abg. Nicole Bracht-Bendt [FDP]
Abg. Yvonne Ploetz [DIE LINKE.]
Abg. Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
- c Antrag der Abgeordneten Caren Marks, Christel Humme, Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
- Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilen - Partnerschaftlichkeit stärken
- BT-Drucksache 17/6466**
- Federführend:**
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Mitberatend:**
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Gesundheit
- Berichterstatter/in:**
Abg. Nadine Schön (St. Wendel) [CDU/CSU]
Abg. Christel Humme [SPD]
Abg. Nicole Bracht-Bendt [FDP]
Abg. Yvonne Ploetz [DIE LINKE.]
Abg. Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Die Liste der Anzuhörenden und der Fragenkatalog sind als Anlagen beigelegt.

Sibylle Laurischk, MdB
Vorsitzende

Liste der Anzuhörenden

1. Raimund Becker
Vorstand Bundesagentur für Arbeit
Nürnberg
2. Astrid Hollmann
Stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende
Deutscher Frauenrat / Deutscher Beamtenbund
Berlin
3. Prof. Dr. Ute Klammer
Universität Duisburg-Essen
Fakultät für Bildungswissenschaften
4. Prof. Dr. Stephan Meder
Leibniz Universität Hannover
Juristische Fakultät
Lehrstuhl für Zivilrecht und Rechtsgeschichte
5. Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Justus Liebig-Universität Gießen
Professur für Wirtschaftslehre des Privathaushalts
und Familienwissenschaft
6. Dr. Gisela Notz
Sozialwissenschaftlerin und Historikerin
Berlin
7. Ingrid Sehrbrock
Stellvertretende Vorsitzende des
Deutschen Gewerkschaftsbundes
Berlin
8. Cornelia Upmeier
Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Beschäftigung, Gesundheitswesen, Familie
Berlin
9. Maria Wersig
Juristin und Politikwissenschaftlerin
Berlin

Fragenkatalog

1. Welche Schlussfolgerungen aus dem Gutachten der Sachverständigenkommission für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung sind Ihrer Meinung nach sofort bzw. vordringlich in politisches Handeln umzusetzen und mit welchen Wirkungen und mit welchen Ergebnissen wäre dann entsprechend zu rechnen?
2. Was halten Sie von der im Gutachten verwandten Lebensverlaufsperspektive? Welche Rolle kann sie im Hinblick auf die Analyse und die Herstellung von gleichen „Verwirklichungschancen“ für Frauen und Männer spielen?
3. Im Gutachten wird das Fehlen eines konsistenten Leitbildes in der deutschen Gleichstellungspolitik kritisiert – wie müsste ein solches Leitbild Ihrer Meinung nach aussehen?
4. Der Erste Gleichstellungsbericht konstatiert im Kapitel 3, dass die Rollenbilder und -zuweisungen der Geschlechter sowohl in der Arbeitswelt als auch im gesellschaftlichen Feld in Bewegung geraten sind. Welche Maßnahmen zur Umbewertung von Arbeit, Arbeitszeiten, zur geschlechtergerechten Aufteilung von produktiven und reproduktiven Tätigkeiten schlagen Sie vor? Wie stehen Sie zu einem im Gutachten geforderten Gesetz zu Wahlarbeitszeiten?
5. Die Angleichung der Zeitverteilung zwischen Frauen und Männern, Müttern und Vätern und eine Stärkung der Partnerschaftlichkeit gehören mit zu den erforderlichen Schritten zu mehr Gleichstellung, da gegenwärtig die Zeitbedürfnisse erkennbar mit Zeitkonflikten einhergehen. Welche Instrumente, Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen sind dabei erforderlich, und welche mittelbaren und unmittelbaren Ziele können damit erreicht werden?
6. Welche Schlüsse sind rechtspolitisch aus der Erkenntnis zu ziehen, dass während bestehender Partnerschaft die Bereitschaft zur Solidarität groß ist, nach dem Scheitern der Partnerschaft aber kaum noch Bereitschaft besteht, (Mit-)Verantwortung für die Folgen asymmetrischer Rollenteilung zu übernehmen? Sind für einen fairen Nachteilsausgleich von in der Ehe gemeinsam getroffenen Entscheidungen Unterhaltsrecht und Güterrecht im

Zusammenhang zu betrachten und kommt dem Ehegüterrecht nach der Unterhaltsrechtsreform von 2008 eine größere Bedeutung zu? Was halten Sie von der Einführung einer "Errungenschaftsgemeinschaft" (=gütergemeinschaftlicher (Wahl-) Güterstand)?

7. Eine der Ursachen für die nach wie vor bestehende Geschlechterungleichheit sind Rollenstereotypen z.B. in der Berufs- oder Studienwahl. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Mädchen und Frauen stärker für die (oft besser bezahlten) MINT-Berufe zu gewinnen?
8. Zentrale Punkte, die Gleichstellung behindern, sind das Ehegattensplitting, die kostenfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung, Minijobs. Was müsste sich hierbei ändern?
9. Welche Schritte wären bei der Ausgestaltung des Rechtsrahmens für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu tun, um die beschriebenen Nachteile (keine Brückenfunktion, mangelnde Durchlässigkeit zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung etc.) für Frauen abzumildern?
10. Der Erste Gleichstellungsbericht hält im Part „Erwerbsleben“ fest, dass die Frauenarmut in Deutschland zunehme, dass gerade die Alterszeit nicht abgesichert und der Niedriglohnsektor für Frauen eine Falle sei. Wie bewerten Sie die Handlungsempfehlungen der Sachverständigenkommission, die Sonderstellung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen abzuschaffen und einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen?
11. Wie können und sollten Wiedereinstiege in Erwerbsarbeit gefördert werden? Welche Rolle kommt der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu, welche Rolle dem (Ehe-)Partner? Welche Bedeutung könnte ein rechtlicher Rückkehranspruch auf Vollzeit nach einer familienbedingten Reduzierung auf Teilzeit haben? Welche Rolle spielen entlastende haushaltsnahe Dienstleistungen?
12. Wie bewerten Sie die Notwendigkeit von gesetzlichen Regelungen für Frauen in Führungspositionen durch eine gesetzlich festgelegte Quote sowie für gesetzliche Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit und die im Gutachten dazu empfohlenen Maßnahmen?

13. Wie bewerten Sie die Forderung des Sachverständigengutachtens des Ersten Gleichstellungsberichtes, im Komplex „Entgeltgleichheit“ den „Anspruch auf gleiches Entgelt für gleichwertige Tätigkeiten im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) rechtlich zu verankern“ (S. 243)?
14. Vor einigen Monaten gab es Berichte, nach denen deutsche Unternehmen Nachteile bei der Vergabe von Aufträgen im Ausland befürchten müssten, wenn es in Deutschland keine Frauenquote gebe. Sind Ihnen solche Sorgen von Unternehmen bekannt und wie schätzen Sie eine solche Gefahr ein?
15. Was halten Sie von der verpflichtenden Einführung von Gleichstellungsindikatoren (Glix) bei Bundesministerien und obersten Bundesbehörden, um den Anteil der Geschlechter in den einzelnen Ebenen transparent zu machen?
16. Welche Schlüsse lassen sich aus der Analyse des Gleichstellungsberichts für zukünftige Reformen der Rentenversicherung ziehen? Ist es im Sinne des Berichts naheliegend, die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder auf 3 Jahre aufzustocken? Was halten Sie von einem permanenten Rentenanwartschaftssplitting?